

Lübeck kämpft für seine Universität

Die die Regierung tragenden Fraktionen der CDU und der FDP haben beschlossen, den Studiengang Medizin an der Universität zu Lübeck mit dem WS 2011/12, also bereits im nächsten Jahr, einzustellen. Das bedeutet, dass ab WS nächsten Jahres keine neuen StudentInnen mehr zum Studium der Medizin zugelassen werden können.

Diese Meldung ist für unsere Universität mehr als nur schockierend, sie bedeutet für die Universität den SuperGAU, denn ohne Medizin wird es hier auch keine Medizintechnik mehr geben können und damit ist die Universität zu Lübeck am Ende.

Eine Universität, die als kleinste staatliche Universität in Deutschland höchst erfolgreich an der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder mit einer Graduiertenschule und gemeinsam mit der CAU Kiel und dem Forschungszentrum in Borstel an einem Exzellenzcluster beteiligt ist.

Eine Universität, die seit vielen Jahren gerade im Studiengang Medizin vom CHE (Zentrum für Hochschulentwicklung) an Platz 1 in Deutschland gerankt wurde. Auf diesen Studiengang will also das Land Schleswig-Holstein in Zukunft verzichten.

Eine Universität, die den diesjährigen Leibnizpreisträger hervorgebracht hat und die über zwei Sonderforschungsbereiche und zwei

klinische Forschergruppen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) verfügt.

Die Folgen der Beendigung des Studiengangs Medizin sind katastrophal: unsere Drittmittelprojekte, die in Zukunft auslaufen und wieder beantragt werden müssen, werden von keinem Drittmittelgeber mehr gefördert werden und die Teilnahme an der Exzellenzinitiative, an der die Medizin in Lübeck einen signifikanten Anteil hat, wird uns zukünftig ebenfalls verschlossen bleiben.

Unsere noch berufungsfähigen WissenschaftlerInnen werden sich aus Lübeck wegbewerben und unsere StudentInnen werden sich Studienplätze an anderen und sicheren Universitäten suchen.

Die Universität zu Lübeck ist integraler Bestandteil des Wissenschaftsstandorts Schleswig-Holstein und wurde bisher von der Landesregierung als DER Medizintechnik-Standort im Land bezeichnet und das zurecht. Wir haben für die Entwicklung des Wissenschaftscampus Lübeck, an dem neben der Universität die Fachhochschule Lübeck, das Forschungszentrum Borstel, die Fraunhofer Arbeitsgruppen EMB und Safir beteiligt sind das Projekt „Univision 2020“ erarbeitet, das einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde und vom Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (de Jager) persönlich als hervorragendes Konzept bezeichnet wurde. Da die finanzielle Situation unseres Landes desolat ist, beinhaltete das Konzept vor allem eine deutlich bessere Möglichkeit zur Drittmittel-

teleinwerbung. Auf all diese Möglichkeiten will das Land künftig verzichten.

Allem Anschein nach hat man sich wenig bis gar keine Gedanken darüber gemacht, welche negativen Auswirkungen dieses fatale Signal auch auf die Fraunhofer Initiativen ausübt, die 2007 und dieses Jahr unter Einbeziehung des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr vertraglich beschlossen wurden.

Die Universität zu Lübeck beschäftigt zusammen mit dem UKSH Campus Lübeck ca. 5000 Menschen. Dazu kommen zahlreiche Zulieferbetriebe, die ebenfalls von der Medizin abhängig sind. Damit ist die Universität zusammen mit dem Klinikum Lübeck ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Stadt und die gesamte Region. Das alles setzt die Landesregierung leichtfertig aufs Spiel, um Geld einzusparen, das sie mehrfach wieder durch Zugrundegehen der Universität verlieren wird.

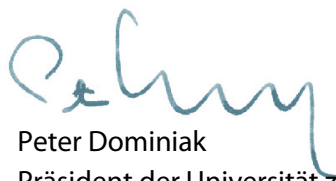
In Deutschland fehlen mindestens 15.000 Ärzte, besonders die ländlichen Gebiete sind ärztlich unterversorgt. Ausgerechnet das Flächenland Schleswig-Holstein spart nun künftig die Studienplätze ein, die von der Bundesregierung so dringend für die Versorgung der ländlichen Bevölkerung zurecht gefordert werden.

Man tritt den Fraktionen der Landesregierung nicht zu nahe, wenn man diese Maßnahmen als Wahlbetrug bezeichnet, denn vor der Wahl wurde auf unseren 10-Fragen Katalog, der auch Antworten zur Sicherung des Standorts

der Universität Lübeck anforderte, die Sicherheit des Standorts garantiert. Die jetzt gegen Lübeck beschlossenen Maßnahmen bedeuten auch einen Bruch der Koalitionsvereinbarung, die Lübeck eine finanziell und strukturell bessere Absicherung versprach.

Die Landesregierung muss sich darüber im Klaren sein, dass die Schließung des Studiengangs Medizin gleichbedeutend mit der Schließung der Universität zu Lübeck ist, denn diese ist aus der Medizin entstanden und alle übrigen Studiengänge sind eng mit der Medizin vernetzt und ohne sie nicht überlebensfähig. Darüber hinaus sind auch der gemeinsam mit der FH Lübeck betriebene Studiengang „Bio-medical Engineering“ und andere die Gesundheit betreffenden Studiengänge der FHL ohne die Medizin nicht mehr durchführbar.

Am schlimmsten aber trifft das den Medizintechnikstandort Lübeck, der neben beiden Hochschulen und Fraunhofer-Initiativen vor allem auch aus der Medizintechnik-Industrie besteht. Die Maßnahme der Landesregierung gegen die Universität trifft damit Lübeck mitten ins Herz.



Peter Dominiak
Präsident der Universität zu Lübeck

Wir sind auf Ihre Hilfe angewiesen, um eine sehr gut vorbereitete und schlagkräftige Kampagne gegen diese Beschlüsse organisieren und durchführen zu können. Zudem wird sich die Universität rechtliche Schritte offen halten. Beide – politisch-gesellschaftliche Kampagnen und der Rechtsweg – können jedoch nur erfolgreich beschritten werden, wenn wir genügend finanzielle Ressourcen aufbringen.

Wir bitten Sie deshalb herzlich, unsere Anstrengungen mit einer Spende zu unterstützen. Über unsere Homepage werden Sie regelmäßig über Aktivitäten und den Einsatz Ihrer Mittel informiert. Zudem werden die Namen aller Spender veröffentlicht.

Kontoverbindung:
Alumni/Freunde und Förderer

Kennwort:
Lübeck kämpft für seine Uni

Kto. 870 425 600
BLZ 230 707 00 (Deutsche Bank AG)
IBAN: DE 31 2307 0700 0870 4256 00



UNIVERSITÄT ZU LÜBECK

*Lübeck kämpft
für seine
Universität*